Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 6. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 4980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis: 4.25 Goldmark monatlich.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagen-Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

6. 11. a Nr. 525 10 Goldpfennig
63. Jahrgang.

Das vollständige Wahlergebnis.

389 Stimmen für Coolidge.

New York, 6. 11.

Das vollständige Wahlergebnis liegt nunmehr vor. In dem Wahlkollegium, das am 10. Januar den Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen wird, sind die Stimmen wie folgt verteilt:

für Coolidge . . . . 389 Stimmen,
für Davis . . . . 129 Stimmen,
für Lafolette . . . 13 Stimmen.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Davis hat an Coolidge ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

In Cheyenne (Wyoming) wurde die Wiederwahl des demokratischen Gouverneurs Roß, Frau Nellie Roß, als Nachfolgerin ihres Mannes zum Gouverneur gewählt.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Republikaner nur eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus erhalten, die so schmal sein wird, daß die demokratische progressive Minderheit die größte Bedeutung erlangt. Im Senat werden die Demokraten und die Progressisten zusammen mindestens ebenso stark wie die Republikaner sein, vielleicht werden sie sogar eine knappe Mehrheit haben. Den Republikanern ist es außerst unangenehm, daß die Progressisten als dritte Partei bestehen bleiben wollen.

Außenpolitisch bedeutet der Sieg Coolidges, daß das amerikanische Volk auch heute noch jede Einmischung in europäische Angelegenheiten ablehnt. Die Niederlage Davis' war eine Niederlage Wilsons. Daher wird sich Coolidge auch weiterhin hüten, aus der Reserve gegenüber Europa herauszutreten. Man kann im Gegenteil annehmen, daß er noch zurückhaltender werden wird, weil er es nicht mehr nötig hat, um beachtliche Stimmen zu werben.

Coolidge wird Mellon, Hughes, Hoover, Stone bitten, im neuen Kabinett zu bleiben. Der leitende Geist, Mellon, der Kriegsminister Root und Davis, der Innenminister, werden wahrscheinlich zurückkehren.

Nach einer Mitteilung aus dem Weißen Hause in Washington wird die Politik des Präsidenten Coolidge weiterhin darauf ausgehen, den internationalen Schiedsgerichtsgedanken, namentlich wie er sich in konkreter Form in dem Haager Schiedsgerichtshof ausdrückt, weiter betreiben und propagieren. Als weitere Punkte in dem Regierungsprogramm wird die Frage der Abrüstung genannt und der Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands. Eine Streichung der auslänbischen Schulden kommt nicht in Frage. Doch ist die Mitarbeit der amerikanischen Regierung außerhalb des europäischen Kontinents überaus da zu erwarten, wo vitale amerikanische Interessen in Frage kommen.

Der Führer der republikanischen Senatsgruppe und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Lodge, hat einen Schlaganfall erlitten. Sein Befinden ist ernst.

Pariser Betrachtungen.

st. Paris, 6. 11. (Eigenbericht.)

Die Presse bezeichnet die Tage der Wahlen in den Vereinigten Staaten, wobei eine nach links mehr auf das Wort Republikaner, und rechts mehr auf den konservativen Charakter dieser Republikaner Gewicht legt. Die geringste Sympathie unter den drei Parteien genießen die sogenannten Progressisten und ihr Führer Lafollette. Trotz der Erklärung, daß die Deutsch-Amerikaner sich für Coolidge ausgesprochen hätten, gilt Lafollette in weiteste Kreise darauf aufgegeben, den internationalen Schiedsgerichtsgedanken, namentlich wie er sich in konkreter Form in dem Haager Schiedsgerichtshof ausdrückt, weiter betreiben und propagieren. Als weitere Punkte in dem Regierungsprogramm wird die Frage der Abrüstung genannt und der Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands. Eine Streichung der auslänbischen Schulden kommt nicht in Frage. Doch ist die Mitarbeit der amerikanischen Regierung außerhalb des europäischen Kontinents überaus da zu erwarten, wo vitale amerikanische Interessen in Frage kommen.

Der Führer der republikanischen Senatsgruppe und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Lodge, hat einen Schlaganfall erlitten. Sein Befinden ist ernst.

Pariser Betrachtungen.

st. Paris, 6. 11. (Eigenbericht.)

Die Presse bezeichnet die Tage der Wahlen in den Vereinigten Staaten, wobei eine nach links mehr auf das Wort Republikaner, und rechts mehr auf den konservativen Charakter dieser Republikaner Gewicht legt. Die geringste Sympathie unter den drei Parteien genießen die sogenannten Progressisten und ihr Führer Lafollette. Trotz der Erklärung, daß die Deutsch-Amerikaner sich für Coolidge ausgesprochen hätten, gilt Lafollette weiteste Kreise darauf aufgegeben, den internationalen Schiedsgerichtsgedanken, namentlich wie er sich in konkreter Form in dem Haager Schiedsgerichtshof ausdrückt, weiter betreiben und propagieren. Als weitere Punkte in dem Regierungsprogramm wird die Frage der Abrüstung genannt und der Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands. Eine Streichung der auslänbischen Schulden kommt nicht in Frage. Doch ist die Mitarbeit der amerikanischen Regierung außerhalb des europäischen Kontinents überaus da zu erwarten, wo vitale amerikanische Interessen in Frage kommen.

Der Handelsvertrag mit Italien.

fr. Mailand, 6. 11. (Eigenbericht.) Nach einem Bericht des „Sole" hat die italienische Industrie das Interesse, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft erst einmal eine Zeit lang zu studieren, um einen schädlichen Vertrag abzuschließen. Der Berichterstatter schlägt vor, daß entweder von Italien verlangt werden müsse eine Klausel durchzusetzen, durch die während der Verhandlungen die bisherigen Vergünstigungen für Ausländer und Zitronen beibehalten würden, oder sollte dies nicht gelingen, wäre die italienische Industrie den Export von Arbeitern und Zitronen in der Höhe der entsprechenden Zahlen in Millionen in der Erwartsalen. „Giornale d'Italia" bestätigt die Bedeutung des italienischen Handelsvertrags mit Deutschland und bemerkt, daß die Verhandlungen in Rom beginnen und abdann in einem dritten Stadium in einer Stadt Neutralitäts fortgesetzt würden. Die Verhandlungen würden einen Monat kamen.

*

Die „Agenzia Volta" macht darauf aufmerksam, daß die italienische Stimme in der Reparationskommission durch den Wiedereintritt eines Amerikaners an Bedeutung gegenüber dem bisherigen Zustand erheblich gewinnen. Bislang hat der Vertreter Italiens bei der Entscheidung bei dem Franzosen als Vorsitzenden. Jetzt sind es fünf Stimmen, so daß Italien das Zünglein an der Waage bilden könnte.

Nuntius Pacelli.

fr. Mailand, 6. 11. (Eigenbericht.) Der apostolische Nuntius in München, Pacelli, wird nach Mitteilung des Vatikans sobald als möglich nach Berlin übersiedeln. Man nimmt im Vatikan darauf hin, daß seine Uebersiedlung zeitlich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich zusammenfällt. Man sieht in politischen Kreisen, daß der Entwicklung der Dinge in Frankreich mit Ruhe entgegen. Frankreich verliere dadurch zwar nicht sein Protektorat im Orient, denn das ist ja nur ein Ehrenamt, das schon endgültig begraben, wohl aber könne die französische Regierung nun keinen Einfluß mehr auf die religiösen Angelegenheiten in Frankreich nehmen. Bisher hatte man die Haltung der französischen Regierung trotz der Trennung das Recht der Beobachtung zugestanden, d. h. der Papst mußte, wenn er einen Bischof ernennen hatte, den Namen der französischen Regierung unterbreiten. Das fällt nun fort.

Wiedereröffnung des Deutschen Diakonissenhauses in Nom.

fr. Rom, 5. 11. (Eigenbericht.)

Heute wurde hier mit einer sehr schlichten Feier das deutsche Diakonissenhaus wieder eröffnet, dessen Gebäude im letzten Frühjahr erst von der italienischen Regierung zurückerstattet worden ist. Da sich das Haus bei der Rückgabe im trostlosen Zustande befunden hatte, so waren erst kostspielige und langwierige Reparaturen notwendig, die nur durch die Mittel aus der Heimat, unter anderem durch ein namhaftes Geschenk des Gustav-Aloff-Frauenvereins möglich waren. Das Haus enthält jetzt, im Gegenteil zu früher, auch eine Krankenstation als Erfolg für das ehemalige deutsche Krankenhaus auf dem Kapitol; außerdem eine Unterkunfts- und Vermittlungsstelle für stellungsuchende Erzieherinnen und Angestellte.

Die Singaporefrage taucht wieder auf.

Wellington (Neuseeland), 6. 11. (W. T. B.) Premierminister Massey hat im Parlament mitgeteilt, die Regierung werde die britische Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit davon zu überzeugen suchen daß eine Flottenbasis in Singapore für Neuseeland und Australien von Bedeutung sei.

Deutsch-französische Wirtschaftsfragen.

Zu den Handelsvertragsverhandlungen.

st. Paris, 6. 11. (Eigenbericht.)

Mit den gestern begonnenen Verhandlungen der deutsch-französischen Handelsvertragskommission beschäftigen sich heute zahlreiche Blätter. Die französisch-belgischen Abmachungen, die gestern im Amtsblatt veröffentlicht wurden, befriedigen im allgemeinen nicht. Die französischen Blätter bauern haben Protestversammlungen abgehalten und zwei Abgeordnete haben zu ihrem Schutze eine Interpellation eingereicht. Französischerseits ist man um so mehr verhandlungsbereit, als man wünscht, die Bedingungen der in den deutsch-französischen Verhandlungen festzusetzenden Minimalzölle grundsätzlich festzulegen, um sich gegen spätere Abänderungen deutscherseits zu schützen, und dann will man die Beseitigung anderer Einfuhrverbote und Kontingentierungen. Deshalb legt man auf Erleichterungen für Elsaß-Lothringen großen Wert.

Besonders hervorgehoben sei die Ansicht der oppositionellen „Journal Industrielle". Sie überschreibt ihren Artikel mit dem Worte: „Wachsamkeit!" und behauptet, Frankreich habe eine politische und eine technische Gefahr zu vermeiden. Die politische Gefahr besteht darin, daß die französische Regierung durch einen zwischen Berlin und ihr innerpolitisches Ansehen vermehren wolle. Die technische Gefahr besteche darin, daß Deutschland alle Informante besitze, eine Nomenklatur, von der man nicht wisse, ob sie der Vergangenheit, der Gegenwart oder Zukunft angehöre, und einen ausgeschlossenen Tarif. Deutschland wiederum könnte zwei Ziele haben: wirtschaftliche Erfolge zu ernten und politische Zwecke zu verfolgen. Keinesfalls dürfe Frankreich eine Vereinigungsmacht gegen die Angelsachsen zeigen, und „Journal Industrielle" wiederholt, daß es den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich als eine europäische Notwendigkeit ansehe.

„Echo de Paris" meint dagegen, Deutschland wolle im Elsaß eine wirtschaftliche Krise hervorrufen. Die Elsässer hätten sich für eine Aenderung der wirtschaftlichen Lage nicht vorbereitet, sondern sie hätten den heutigen Zustand nach beiden Fronten hin angenommen. Die hätten freilich nicht vermuten können, daß eine französische Regierung sie so wenig diplomatisch verteidigen werde, namentlich, wo diese Regierung die Ruhr in der Hand hatte. Trotzdem habe Herriot alles preisgegeben.

Der Handelsvertrag mit Italien.

fr. Mailand, 6. 11. (Eigenbericht.) Nach einem Bericht des „Sole" hat die italienische Industrie das Interesse, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft erst einmal eine Zeit lang zu studieren, um einen schädlichen Vertrag abzuschließen. Der Berichterstatter schlägt vor, daß entweder von Italien verlangt werden müsse eine Klausel durchzusetzen, durch die während der Verhandlungen die bisherigen Vergünstigungen für Ausländer und Zitronen beibehalten würden, oder sollte dies nicht gelingen, wäre die italienische Industrie den Export von Arbeitern und Zitronen in der Höhe der entsprechenden Zahlen in Millionen in der Erwartsalen. „Giornale d'Italia" bestätigt die Bedeutung des italienischen Handelsvertrags mit Deutschland und bemerkt, daß die Verhandlungen in Rom beginnen und abdann in einem dritten Stadium in einer Stadt Neutralitäts fortgesetzt würden. Die Verhandlungen würden einen Monat kamen.

*

Die „Agenzia Volta" macht darauf aufmerksam, daß die italienische Stimme in der Reparationskommission durch den Wiedereintritt eines Amerikaners an Bedeutung gegenüber dem bisherigen Zustand erheblich gewinnen. Bislang hat der Vertreter Italiens bei der Entscheidung bei dem Franzosen als Vorsitzenden. Jetzt sind es fünf Stimmen, so daß Italien das Zünglein an der Waage bilden könnte.

Nuntius Pacelli.

fr. Mailand, 6. 11. (Eigenbericht.) Der apostolische Nuntius in München, Pacelli, wird nach Mitteilung des Vatikans sobald als möglich nach Berlin übersiedeln. Man nimmt im Vatikan darauf hin, daß seine Uebersiedlung zeitlich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich zusammenfällt. Man sieht in politischen Kreisen, daß der Entwicklung der Dinge in Frankreich mit Ruhe entgegen. Frankreich verliere dadurch zwar nicht sein Protektorat im Orient, denn das ist ja nur ein Ehrenamt, schon endgültig begraben, wohl aber könne die französische Regierung nun keinen Einfluß mehr auf die religiösen Angelegenheiten in Frankreich nehmen. Bisher hatte man die Haltung der französischen Regierung trotz der Trennung das Recht der Beobachtung zugestanden, d. h. der Papst mußte, wenn er einen Bischof ernennen hatte, den Namen der französischen Regierung unterbreiten. Das fällt nun fort.

Wiedereröffnung des Deutschen Diakonissenhauses in Nom.

fr. Rom, 5. 11. (Eigenbericht.)

Heute wurde hier mit einer schlichten Feier das deutsche Diakonissenhaus wieder eröffnet, dessen Gebäude im letzten Frühjahr erst von der italienischen Regierung zurückerstattet worden ist. Da sich das Haus bei der Rückgabe im trostlosen Zustande befunden hatte, so waren erst kostspielige und langwierige Reparaturen notwendig, die nur durch die Mittel aus der Heimat, unter anderem durch ein namhaftes Geschenk des Gustav-Aloff-Frauenvereins möglich waren. Das Haus enthält jetzt, im Gegenteil zu früher, auch eine Krankenstation als Erfolg für das ehemalige deutsche Krankenhaus auf dem Kapitol; außerdem eine Unterkunfts- und Vermittlungsstelle für stellungsuchende Erzieherinnen und Angestellte.

Die Singaporefrage taucht wieder auf.

Wellington (Neuseeland), 6. 11. (W. T. B.) Premierminister Massey hat im Parlament mitgeteilt, die Regierung werde die britische Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit davon zu überzeugen suchen daß eine Flottenbasis in Singapore für Neuseeland und Australien von Bedeutung sei.

Wiederaufbauarbeit der Liberalen.

Die Opposition der Labour Party.

mrk. London, 6. 11. (Eigenbericht.)

Während die Sieger in den englischen Wahlen die Früchte einsammeln, bereiten sich die Liberalen mit den Folgerungen, die sich für sie aus ihrer Niederlage ergeben. Asquith, der nächste Premier der Regierung nach Baldwin weiß, versammelte gestern zu seinem Hause die rechtsliberalen und erfolgreichen Kandidaten seiner Partei, mit denen er sich über das den Wiederaufbau der Partei angeratene zu legende Programm beschrieb. Innerhalb der Partei werden bereits Arbeitsausschüsse gebildet.

Baldwins Ministerliste dürfte heute fertig werden.

In Downing Street ist man der Ansicht daß Donald Macdonald, um den in der nächsten Woche stattfindenden Umzug vorzubereiten. Auch die anderen Kabinettsmitglieder sich dabei, ihre Wohnungen zu räumen. Innerhalb der Opposition sich zu regen. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" geht wegen der geheimnisvollen Welle, welche die Geheimpolizei in der Zeitungsbranche spielt, mit einem Angriff auf die Scotland Yard ein und gibt sich Mühe, feststellen, daß deren Tätigkeit besonders auch in einer Bespitzelung der Labour Party besteht. „Daily Herald", der gestern als erste Aufgabe der Opposition die Herbeiführung der Aenderung des Wahlrechts bezeichnete, stellte heute die Bekämpfung der Geheimpolizei an den Kopf des Oppositionsprogramms.

Kommenden Montag wird das Bankett stattfinden, das der Lord-Mayor von London bei dem Anlaß seines Dienstjahres zu geben pflegt. Der Ministerpräsident und alle Minister werden zu diesem Bankett eingeladen und eine Erklärung über die politische Lage wird allgemein erwartet. Man glaubt daß Baldwin bei dieser Gelegenheit eine erste Erklärung über die Politik seiner Regierung abgeben wird.

England baut Riesenflugzeuge.

mrk. London, 6. 11. (Eigenbericht.) Die Erfolge des „R. 33" haben die Regierung Mac Donald nicht beeinflussen. Die Folge davon ist die vor wenigen Tagen erfolgte Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Regierung und den Wickers-Werken, nach dem diesen der Bau eines gleichen Riesenluftschiffes von 140.000 Kubikmeter übertragen wird. Das Luftschiff wird alle zweimal so groß als „R. 33" sein. Der Bau erfolgt in den Werken von Howden (Yorkshire). Die Erbauer hoffen den Zeppelinrekord um zwei Tage zu verbessern zu können. Die Baukosten sollen 350 000 Pfund betragen. 150 Fahrgäste sollen in dem Schiff Platz haben.

Wenn den englischen Luftsicherheitsvorschriften nicht deutsche Muster vorlagen, würden sie sich wohl kaum einer solchen Aufgabe unterziehen.

Benesch gegen Revision der Friedensdiktate.

Prag, 6. 11. In Fortsetzung der Debatte über das Exposé des Außenministers erklärt Außenminister Dr. Benesch selbst in die Debatte ein, um mehrere an ihn gerichtete Fragen zu beantworten. In der von zentralen Senatoren gestellten Frage der Friedensverträge erklärte der Minister, daß diese Frage allmählich aus der internationalen Politik verschwinde. Heute sei sie lange nicht mehr so akut, wie vor zwei bis drei Jahren. Einige meinten, daß die Verträge geändert werden müssten. Er selbst sei der Ansicht, daß die Friedensverträge zur Geltung kamen, kommen und kommen werden, und daß im Laufe der Zeit die Mehrheit der wenig strittige Fragen zurückziehen würden. So sei durch den Dawes-Plan eine der brennenden Fragen der Friedensverträge bereits heute fast außer Diskussion gestellt. Das Reden über die Beseitigung der Friedensverträge oder ihre Revision, erklärt Benesch, sei heute überflüssig. Die Frage würden erledigt werden, ohne daß die Tschechoslowakei ihre bisherige Politik zu ändern brauche.

Die Welthandelskonferenz.

London, 6. 11. (T. U.) Der Präsident der internationalen Handelskammer gibt bekannt, daß man gegenwärtig eine internationale Handelskonferenz von Geschäftsleuten vorbereite, wovon vierzig Nationen beteiligt sein sollen. Die Konferenz soll in Amerika im Dezember oder Anfang Januar n. J. abgehalten werden, um die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawes-Berichts zu erörtern. Die Regierungen werden sich, wie es heißt, an der Konferenz nicht beteiligen, aber man nimmt an, daß das Ergebnis der Konferenz den internationalisierten Regierungen überwiesen werden wird.

Herriots Russenpolitik.

Paris, 6. 11. (T. U.) Dem russischen Aktionsgesamtbeschluß zufolge wird die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich erst bei der Wiedereröffnung der Kammer erörtert werden. Bis dahin wird die Haltung der französischen Regierung trotz der Trennung das Recht der Beobachtung zugestanden, d. h. der Papst mußte, wenn er einen Bischof ernennen hatte, den Namen der französischen Regierung unterbreiten. Das fällt nun fort.

Wiedereröffnung des Deutschen Diakonissenhauses in Nom.

fr. Rom, 5. 11. (Eigenbericht.)

Heute wurde hier mit einer schlichten Feier das deutsche Diakonissenhaus wieder eröffnet, dessen Gebäude im letzten Frühjahr erst von der italienischen Regierung zurückerstattet worden ist. Da sich das Haus bei der Rückgabe im trostlosen Zustande befunden hatte, so waren erst kostspielige und langwierige Reparaturen notwendig, die nur durch die Mittel aus der Heimat, unter anderem durch ein namhaftes Geschenk des Gustav-Aloff-Frauenvereins möglich waren. Das Haus enthält jetzt, im Gegenteil zu früher, auch eine Krankenstation als Erfolg für das ehemalige deutsche Krankenhaus auf dem Kapitol; außerdem eine Unterkunfts- und Vermittlungsstelle für stellungsuchende Erzieherinnen und Angestellte.

Opposition gegen Mustapha Kemal.

Auflösung der Nationalversammlung verlangt.

om. London, 6. 11. (Eigenbericht.)

Wie die „Chicago Tribuna" aus Konstantinopel erfährt, hat sich während der jetzigen Tagung der großen Nationalversammlung in Angora eine heftige Opposition gegen den Präsidenten Mustapha Kemal Pascha gebildet. Ihr Führer ist Raouf Bey, der sich als Führer der türkischen Marine große Verdienste erworben hat. Ihm zur Seite stehen Ali Fuad, der den türkischen Angriff gegen den Suezkanal in Afrika leitete, Riazim Karabekir, der 1920 die Armenier unterwarf, Refet Pascha, der die türkischen Truppen in Thrazien während der interalliierten Besetzung kommandierte, Velit Sami Bey, früherer Botschafter in London, und eine große Zahl weiterer, nicht weniger bedeutender Männer. Zwei türkische Generäle, Tiwad Pascha, der an der Marmarafront kommandierte, und Djafar Tayar, Inspekteur der III. Armee, haben ihren Abschied genommen, um in die Nationalversammlung einzutreten. Hier wollen sie auf die Seite Kemal Beys treten. Die Beseitigung des Kalifats und die Schließung der geistlichen Schulen hat große Erregung unter der Geistlichkeit hervorgerufen, welche die Opposition unterstützt.

Der Plan der Gegner der Regierung läuft darauf hinaus, Ismet Pascha zu stürzen oder die Auflösung der Nationalversammlung zu verlangen, wodurch gleichzeitig Kemals Mandat zu Ende finden würde. Bezüglich der Moslusfrage unterstützt die Opposition die Regierung und tritt für Beibehalt der Republik ein.

Das neue Angora.

om. Konstantinopel, 6. 11. (Eigenbericht.)

Der Oberbürgermeister von Angora, Haidar Bey, kam auf der Rückreise nach dem Besuch mehrerer europäischer Hauptstädte hier durch. In seiner Begleitung befanden sich 50 deutsche Bauarbeiter und zwei geleerte Arbeiter, die ihm bei dem modernen Aufbau der türkischen Hauptstadt behilflich sein sollen. Nach seinen Erklärungen hat der Bauunternehmer Ernst Sachse, Berlin, die Angebot und Kontrakte mit Ziegeleien, Zement- und Elektrizitätswerken abgeschlossen, um ähnliche Anlagen in Angora zu errichten.

Der zweite Hermann-Prozeß.

pe. Weimar, 6. 11. (Eigenbericht.) Im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Weimar begann heute vormittag der zweite Prozeß gegen den früheren sozialistischen Innenminister Hermann und seinen Vertrauten Sinne vor dem Großen Schöffengericht. Der Landgerichtsdirektor Hoyel, eröffnete die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Der Eröffnungsbeschluß wirft Hermann vor, daß er dem am 31. März 1923 aus dem thüringischen Staatsdienst entlassenen Regierungsrat Kopf die Umzugskosten und das Gehalt bis zum 30. Juni 1923 auszahlen ließ, und daß er zweieuro auf Staatskosten Militärgeschenke aufkaufen ließ, die in einem verwaisten Raum aufgefunden wurden. Die Anklagebehörde erblickt in diesen Handlungen Hermanns den Tatbestand der Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue, Vergehen gegen die §§ 266, 11 und 350 des Reichsstrafgesetzbuches.

Der Angeklagte

Hermann äußerte sich zunächst zum Fall Kopf. Die Zahlung an den Regierungsrat Kopf sei nicht aus Staatsgeldern erfolgt, sondern die Gelder seien von besonderer Seite zur Verfügung gestellt worden. Man hätte ja Kopf in Weimar lassen können, aber man wollte die Belohnung fort haben. Regierungsrat Kopf habe feinerzeit einen Entwurf über die Landespolizei in Arbeit gehabt, der sehr wichtig gewesen sei, aber bis zum 31. März nicht habe beendet werden können. Deshalb habe die Regierung die Hälfte der Umzugskosten übernommen. Im ganzen seien bis zum 30. Juni 1923 an Kopf gezahlt worden 6 Millionen Mark. Auf die Frage des Oberstaatsanwalts Frieders erklärte der Angeklagte, daß die Haltung an Kopf allerdings unzulässig gewesen sei.

Des weiteren schilderte der Angeklagte eingehend die Zustände in Thüringen zu Beginn des Jahres 1923, wo Nationalsozialisten das Gebiet Thüringens unsicher machten. Er, Hermann, habe deshalb mit Severing und Hörsing Fühlung genommen, habe Landespolizei nach der Grenze gelegt und angeordnet, daß alle Waffen, die sich in der Bevölkerung befänden, in die Hände der Regierung kämen. Die Bewaffnung der Polizei sei sicherlich gewesen und auch der Beharrlichkeit nicht, die gegenüber mit den Waffenträgern in Verbindung stehen oder vor der Ausübung des Dienstes einer solchen Person Hinderniße in den Weg legt, und vor Schaden verursacht, die geeignet sind, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Wenn eine dieser Uebertretungen den Tod verursacht, ist eine direkte Attentat auf das Leben einer Person, die mit der Besatzungsarmee in Verbindung steht, darstellt. So tritt eine Strafe von mehr als 4 Jahre Gefängnis über jede Zwangsarbeit ein, außerdem kann auch auf Beitrafung wegen Mordes erkannt werden.

Kurze Nachrichten.

Christiania, 6. 11. (Eigenbericht.) In norwegischen parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Regierung sich bei Ablauf der Session, die Frühjahr stattfinden soll.

Washington, 6. 11. Zum 18. November wird eine Konferenz der Außenminister Polens und der Baltischen Staaten nach Helsingfors einberufen zwecks Beratung von Maßnahmen gegen den Schmuggel.

New York, 5. 11. (W. T. B.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß der in Rio de Janeiro stationierte russische Zerstörer „Goya" Munition an Bord nahm und dann den Hafen verließ, später aber sich den Regierungstruppen ergab.

Adelaide, 5. 11. (W. T. B.) In der Gesetzgebenden Versammlung wurde heute mit Unterstützung der Regierung einer Vorlage angenommen, die die Wiedererröffnung der australischen Schule in Zünsenkreuzen gestattet. Verschiedene Redner bedauten darauf hin, daß Deutschland kein friedliches Land mehr sei.

Vorgehen gegen den chinesischen Kaiser.

Verzicht auf alle bisherigen Vorrechte.

mrk. London, 6. 11. (Eigenbericht.)

Aus Peking wird ein neuer Staatsstreich gemeldet. Soldaten der vorläufigen Regierung drangen gestern nacht in den kaiserlichen Palast ein, schlossen die Türen und entwaffneten die Wache. Darauf wurde der junge Mandschukaiser zur Unterzeichnung einer Urkunde gezwungen, laut der die Mandschufamilie auf alle Vorrechte verzichtet, den Palast räumt und mit der Herabsetzung der Apanage von 4 Millionen Pfund auf eine halbe Million Pfund sich einverstanden erklärt. Eine Kommission soll das Staatseigentum und den Besitz der Mandschufamilie bestimmen. Den Kaiser wird die Stadt seines Aufenthaltsortes freigestellt.

Der Kaiser und die Kaiserin verließen den Palast und siedelten in das Haus des kaiserlichen Vaters über. Es wird vermutet, daß der Sowjetbotschafter Karachan und Dr. Sun Yat-sen ihre Hand im Spiele haben. Der Zweck der Aktion ist noch unklar. Entweder handelt es sich um Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Monarchie durch Chang Tso-lin (?) oder lediglich um Beschlagnahme der kaiserlichen Schätze. Die bevorstehende Ankunft Chang Tso-lins in Peking dürfte hierüber Aufklärung bringen. Wun Peifu soll sich auf hoher See befinden. Verschiedene Tumpeler mit Truppen sollen ihn begleiten.

*

Die Mandschudynastie ist infolge der chinesischen Revolution, die im Oktober 1911 in Wuchang ausbrach, zur Abdankung gezwungen worden. Der noch im Kindesalter stehende Kaiser Hsüan Tung dankte am 12. Februar 1912 ab. Es wurde ihm als Wohnung der bisherige kaiserliche Palast überwiesen und eine Pension in Höhe von vier Millionen Dollar mex. im Jahr ausgesetzt. Im August 1917 hat der monarchistische General Chang Hsün versucht, die Mandschudynastie wiederherzustellen. Der junge Kaiser bestieg aber nur für acht Tage den Thron seiner Väter. Dann wurde der Staatsstreich durch Marschall Tuan Chi-juis Angriff auf Peking niedergeschlagen.

Hsüan Tung, der die Berechtigung besitzt, sich weiter Kaiser von China zu nennen, kehrte in ein Einsiedlerleben in kaiserlichen Palast zurück. Im 1. Dezember 1922 heiratete er mit 17 Jahren die Tochter des Würdenträgers aus der Mandschugeist, Jung Huan, die ebenfalls erst 17 Jahre alt war. Im vergangenen Jahr fand ein Brand einen Teil des kaiserlichen Palastes verwüstet. Der Kaiser entließ daraufhin seine Leibwache, weil Verdacht bestand, daß diese den Brand angelegt hatte, um bei der Gelegenheit die wertvollen Kunstgegenstände zu stehlen. Auch die nur sehr zögernd eingehende Pension der Regierung veranlaßte den Kaiser zur Beschränkung seines Hofstaates.

Wu Pei-fus Flucht.

om. London, 6. 11. (Eigenbericht.)

Es liegen jetzt genauere Berichten vor, wie Marschall Wu Pei-fu, der Herrscher der früheren Pekinger Regierung unter Präsident Tsao Kun seine Flucht aus Tientsin, wohin er für Bildung einer neuen Front gegen Marschall Feng Yu-hsiang von Shankaikuan geeilt war, bewerkstelligt hat. Wu verließ am 3. November, 4 Uhr vormittags, den Zentralbahnhof von Tientsin in Nutzung Lafte. Hier ging er an Bord des Dampfers „Chaohsing", der um 9 Uhr 15 abends abfuhr. Es wird berichtet, daß Wu später an Bord des Kreuzers „Haichi" ging, um bei Taku mit seinen Verbündeten, General Chi von Kiangsu zusammenzutreffen, der am 12. Oktober General Lu bei Schanghai aus dem Felde schlug. Feng Yu-hsiangs 8. Armee ist nach Wu Pei-fus Flucht in Tientsin ein und besetzte den Zentralbahnhof. Bevor Wu Tientsin verließ, ließ er einen Schensstiftiger hinrichten, der nicht kämpfen wollte. Das Kommando über die Truppen hatte Wu in Tientsin General Chang Feng-ling übergeben, der bekannt gab, daß er den Kampf einstellen wolle.

London, 6. 11. (W. T. B.) Nach einer Reutermeldung aus Tientsin ist die Lochut Chang Tso-lins aus Mukden dort eingetroffen.

Neue Verordnung Degoutte.

Essen, 6. 11. (T. U.) Der kommandierende General Degoutte erließ an Stelle der Verfügungen 23 und 27 eine Verordnung Nr. 225 über Uebertretungen von Gesetzen und Sabotageakten. Hiernach macht sich strafbar jeder, der sich durch Gewalttätigkeiten gegenüber Personen schuldig macht, die gegenwärtig mit den Besatzungstruppen in Beziehung stehen oder vor der Ausübung des Dienstes einer solchen Person Hindernisse in den Weg legt, oder Schaden verursacht, die geeignet sind, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Wenn eine dieser Uebertretungen den Tod verursacht, ist eine direkte Attentat auf das Leben einer Person, die mit der Besatzungsarmee in Verbindung steht, darstellt. So tritt eine Strafe von mehr als 4 Jahre Gefängnis über jede Zwangsarbeit ein, außerdem kann auch auf Beitrafung wegen Mordes erkannt werden.

Kurze Nachrichten.

Christiania, 6. 11. (Eigenbericht.) In norwegischen parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Regierung sich bei Ablauf der Session, die Frühjahr stattfinden soll.

Washington, 6. 11. Zum 18. November wird eine Konferenz der Außenminister Polens und der Baltischen Staaten nach Helsingfors einberufen zwecks Beratung von Maßnahmen gegen den Schmuggel.

New York, 5. 11. (W. T. B.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß der in Rio de Janeiro stationierte russische Zerstörer „Goya" Munition an Bord nahm und dann den Hafen verließ, später aber sich den Regierungstruppen ergab.

Das Agrarbankproblem.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Neben der Zollfrage steht die Errichtung der geplanten großen Agrarbank als Tochterinstitut der zu liquidierenden Rentenbank im Vordergrunde des Interesses der landwirtschaftlichen Kreise. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat bei seiner Tagung am 29. Oktober die bekannte Resolution gefaßt, worin er ausdrücklich den Kreditnot der deutschen Landwirtschaft die sofortige Errichtung der Agrarbank mit weitgehendster Selbstverwaltung verlangt (vgl. „D. A. Z." Nr. 502 vom 24. 10. 1924).

Die Grundlage für die Errichtung der Agrarbank bildet § 9 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbriefen vom 30. 8. 1924. Da nach dem Dawes-Gutachten die von der Rentenbank an die deutsche Wirtschaft und namentlich auch an die deutsche Landwirtschaft durch Vermittlung der Reichsbank ausgegebenen Rentenbankkredite in Höhe von etwa 570 Millionen Mark bis spätestens 1. Dezember 1927 abgewickelt sein müssen, sollte durch Schaffung einer neuen großen Agrarbank ein Weg gefunden werden, „um das rechtzeitige Verschwinden auch der landwirtschaftlichen Rentenbriefe sicherzustellen" und um die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, „ihre eigenen Kredite unerhalb der vorgeschriebenen dreijährigen Frist abzudecken und die Grundschuldzinsen, von denen jährlich mindestens ein Betrag von 60 Millionen für das Reich seitens der Landwirtschaft aufgebracht werden muß, weiterzugeben". Da die amtliche Begründung zum Liquidierungsgesetz.

Ob aber die neue Agrarbank die ihr gestellten Aufgaben, durch verlängerte Kreditgewährung die Landwirtschaft zahlungsfähig zu machen, tatsächlich wird erfüllen können, ist eine Frage, die einer ernsten Nachprüfung bedarf.

Nach dem Rentenbankliquidierungsgesetz muß nämlich die Landwirtschaft selbst erst die Mittel aufbringen, die ihr nachher in der Form des Kredits durch die neue Bank zurückgewährt werden sollen. Die durch die Rentenbankverordnung der Landwirtschaft auferlegten Grundschulden sind jährlich mit 5 % zu zeitzinsen, was eine Belastung der Landwirtschaft von insgesamt etwa 90—100 Millionen jährlich darstellt. Von diesen Summen fließen nach § 9 des Liquidierungsgesetzes jährlich 25 Millionen der neuen Bank zu, damit sie Kreditgewährung an die Landwirtschaft, damit diese, wie es ausdrücklich in der amtlichen Begründung dieses Gesetzes heißt, in den Stand gesetzt wird, ihre Grundschuldzinsen und damit also auch die 25 Millionen erst aufzubringen. Difficile est saturam non scribere! Man kann hier nur den Zusammen